

# SCHWARZ AUF WEISS

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Mittwoch hat Deutschland die **EU-Ratspräsidentschaft** inne. Mit der Übernahme der Präsidentschaft mitten in der Corona-Krise kommt viel Arbeit auf uns zu. Merkel nannte die Corona-Pandemie in ihrer Regierungserklärung die „größte Herausforderung in der Geschichte Europas“. Wie sie bewältigt werde, entscheide über den Wohlstand der Bürger und über die Rolle Europas in der Welt. Europa soll nachhaltig gestärkt aus der Corona-Krise herausgehen. Die anstehenden Entscheidungen unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft werden Europa auf Jahre hinaus prägen. Es sind entscheidende Wochen und Monate für unsere gemeinsame Zukunft und unseren Wohlstand. Unser erklärtes Ziel ist und bleibt ein neues Maß an politischer und wirtschaftlicher Souveränität Europas.

Ein viel und kontrovers diskutiertes Thema in dieser letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause war die **Reform des Wahlrechts**. Ziel ist es, die Zahl der Bundestagsmandate nicht weiter ansteigen zu lassen. Die Unionsfraktion wird mit einem eigenen Modell in die Verhandlungen mit der SPD gehen. Diese haben bereits begonnen.

In dieser Woche haben wir den **Kohleausstieg** und flankierende Unterstützungsmaßnahmen für die betroffenen Reviere und Standorte beschlossen. Bis spätestens 2038 soll die Kohleverstromung beendet werden. Finanzhilfen für die betroffenen Länder werden für Investitionen in einem Gesamtumfang von bis zu 14 Milliarden Euro bis 2038 bereitgestellt. Die Länder leisten hierbei einen Eigenanteil. Die Mittel können zur Förderung von Investitionen, etwa in die wirtschaftsnahe Infrastruktur, aber auch den Breitbandausbau oder die

Landschaftspflege verwendet werden. Ferner verpflichtet sich der Bund, weitere Maßnahmen zugunsten der Braunkohleregionen mit bis zu 26 Milliarden Euro bis 2038 zu fördern, die in seiner eigenen Zuständigkeit liegen. Zu den Maßnahmen gehören etwa der Ausbau der Infrastruktur für den Schienen- und Straßenverkehr und die Ansiedlung und Ausbau zahlreicher Forschungseinrichtungen. Die Kohleverstromung ist keine zukunftsfähige Technologie für Deutschland. Das beschlossene Gesetzespaket ist daher ein guter Kompromiss, der den Anliegen des Klimaschutzes und der betroffenen Regionen gerecht wird.

Eine kürzlich veröffentlichte Studie im Auftrag des Bundesfamilienministeriums zeigt großen Handlungsbedarf beim Thema **Genitalverstümmelung**. Rund 68.000 Frauen und Mädchen in Deutschland sind genitalverstümmelt und bis zu 15.000 Minderjährige sind davon bedroht. Daher habe ich gemeinsam mit der Frauen Union NRW eine Initiative für mehr Aufklärung, bessere Prävention und mehr niedrigschwellige Hilfsangebote gestartet. Dieses grausame Verbrechen mit lebenslangen Folgen für die Betroffenen muss aus der Tabuzone ins Licht der Öffentlichkeit geholt werden. In diesem Sommer ist sicherlich aufgrund der Corona-Pandemie vieles anders als geplant. Leben ist das, was passiert, während du fleißig dabei bist, andere Pläne zu schmieden (John Lennon). Dennoch wünsche ich Ihnen wunderschöne und sonnige Sommerferien, genießen Sie die Zeit und bleiben Sie gesund! Ich freue mich auf viele persönliche Begegnungen im Kommunalwahlkampf.

Herzliche Grüße



IMPRESSUM  
SABINE WEISS MDB  
PLATZ DER REPUBLIK 1  
11011 BERLIN

TELEFON: 030/ 227 - 77720  
FAX: 030 / 227- 76720

E-MAIL:  
SABINE.WEISS@BUNDESTAG.DE  
INTERNET: [WWW.SABINE-WEISS.DE](http://WWW.SABINE-WEISS.DE)

# BILDER DER WOCHE



## AUF ABSTAND IM GESUNDHEITSAUSSCHUSS

Der Präsident des Robert-Koch-Institutes Prof. Dr. Lothar Wieler, informierte am Mittwoch im Ausschuss über die aktuelle Lage der Corona-Pandemie in Deutschland.

Wachsamkeit und Vorsicht ist auch weiterhin das Gebot der Stunde. Daher bitte auch weiterhin die Abstands- und Hygieneregeln beachten.

#GemeinsamGegenCorona



## FEUERALARIM BUNDESGESUNDHEITSMINISTERIUM

Das hat in der letzten Sitzungswoche noch gefehlt: Ein Feueralarm im Ministerium. Glücklicherweise war es nur ein Fehlalarm und nach rund einer Stunde konnten alle wieder an ihren Arbeitsplätzen zurückkehren.



## DEMONSTRATION DER SCHAUSTELLER

Nachdem in der letzten Woche die Busunternehmer am Brandenburger Tor demonstrierten, waren in dieser Woche die Schausteller in Berlin, um auf ihre schwierige Situation aufmerksam zu machen.

